

Bericht aus Forum 2

Wie ermöglichen wir die freie Entfaltung der Person und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft?

Die von Christoph Keese, dem Chefredakteur der Welt am Sonntag, moderierte Diskussion kreiste um die Frage, ob es einen Widerspruch gebe zwischen der freien Entfaltung der Person und dem Zusammenhalt der Gesellschaft und ob das eine zwangsläufig auf Kosten des anderen gehe. Vor dieser Ausgangsfrage legten die Podiumsteilnehmer dar, welche Grundvoraussetzungen zur Stärkung von Freiheit und Zusammenhalt erforderlich seien.

Wolfgang Kersting, Professor für Politische Philosophie in Kiel, erklärte, dass Politik für die Rahmenbedingungen von Entfaltung und Teilhabe zuständig sei: für die Pflege des demokratischen Rechtsstaats, für die sozialstaatliche Sicherung einer materiellen Grundversorgung der Bürger in Nottfällen und für die Bereitstellung eines Bildungs- und Ausbildungssystems, das allen gute Chancen eröffne.

Prälat Stephan Reimers, Bevollmächtigter des Rates der EKD, nannte religiöse Bildung als wesentliche Voraussetzung für ein Gefühl von Halt und Sicherheit. Ohne die Vorstellung eines „Reichs des Friedens“ verlören die Menschen angesichts des Unfriedens in der Welt die nötige Zuversicht im Handeln. Auch die Würde des Menschen könne nicht anders als aus dem Glauben begründet werden.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble gab zu bedenken, was eigentlich uns Deutsche prägt, was das Selbstbild ausmacht, vor dessen Hintergrund wir in einen fruchtbaren Dialog mit anderen Kulturen treten können. Dazu gehörten gemeinsame Erinnerungen und geteilte Gefühle, das Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft und unsere föderale Tradition. Letztere müssten wir gerade heute stärken – als beste Grundlage für eine menschengemäße Politik und eine erfolgreiche Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen der Gegenwart.

Ministerpräsident Christian Wulff forderte, der Staat müsse die kleinen Einheiten für Freiheit und Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. Es müssten Bühnen gebaut werden, auf denen der Bürger tätig werden und Gemeinsinn praktizieren könne. Auch für die Fragen der Integration sei Subsidiarität der beste Lösungsansatz.

Dies unterstützte Klaus Bade, Direktor des Instituts für Migrationsforschung an der Universität Osnabrück, der von erfolgreichen, teils ehrenamtlichen Integrationsprojekten in Osnabrück berichtete. Er bekräftigte, dass der deutsche Arbeitsmarkt qualifizierte Zuwanderung brauche, die man künftig besser steuern müsse. Gleichzeitig müssten wir die bei uns lebenden Ausländer qualifizieren und aus Einwanderern mit Migrantebewusstsein endlich Einwanderer mit Staatsbürgerbewusstsein machen. Das setze ein offensiveres Eintreten für unser Freiheitsverständnis gegenüber den Zuwanderern voraus, bemerkte Professor Kersting. Einig war man sich darin, dass die Deutschen ein gesundes Selbstbewusstsein entwickeln müssten, um die Stärken Deutschlands klar benennen zu können.

Wie es stehe es überhaupt um die Freiheitsliebe der Deutschen? Professor Kersting sprach unter starkem Beifall von einer Freiheitsentwöhnung durch die Sozialstaatsentwicklung der letzten Jahrzehnte, der das neue CDU-Grundsatzprogramm – so hoffe er – entgegensteuern werde. Die Verteilungsgerechtigkeit müsse endlich durch eine Gerechtigkeit der Entfaltungschancen ersetzt werden. Dann werde auch der Ruf der Freiheit wieder ein besserer.

Wolfgang Schäuble ergänzte, Freiheit habe nur dann eine Chance, wenn erkannt und gelebt werde, dass sie auch die Übernahme von Verantwortung bedeute. Freiheit und

Zusammenhalt seien aufeinander angewiesen. Man müsse immer wieder die Mitte zwischen beiden finden. Sonst überlebe die Freiheit nicht.